

MT 25.4.

Suche nach Giftfässern am Samstag abgebrochen

Verdacht in Münchenhagen ausgeräumt?

Aufatmen bei Behörden und Betreiberfirma / Einsatzkosten höher als 100 000 DM / Bürgerinitiative skeptisch

Von Stefan Borrmann

Petershagen / Münchenhagen. Der Verdacht, daß auf der Sondermülldeponie in Münchenhagen unweit der Landesgrenze zu Nordrhein-Westfalen das hochgiftige Seveso-Gift Dioxin gelagert wird, hat sich nicht bestätigt. Die Suche nach den 41 Fässern wurde am Samstagmittag gegen 13.15 Uhr abgebrochen, nachdem das Wasserwirtschaftsamt und die zuständige Aufsichtsbehörde (der Kreis Nienburg) signalisiert hatten, daß wohl kein Dioxin mehr zu finden sei. Gleichzeitig beharrte der Informant, der 58 Jahre alte Walter Witte, auf seiner Aussage, daß sehr wohl Fässer mit Dioxinen nach Münchenhagen transportiert worden seien. Platzmeister Witte, der sich zur Zeit im Urlaub befindet, wird wohl kaum zu seinem Arbeitsplatz zurückkehren. Der Anwalt der Gesellschaft ließ durchblicken, daß man sich gerichtliche Schritte in dieser Richtung vorbehalte. Die Entscheidung darüber soll in der nächsten Woche fallen.

Gegen 13.15 Uhr wurden am Samstagmittag die Grabungen in der Deponie im sog. Polder 3 beendet. Der Kampfmittelräumdienst, der ABC-Trupp, Feuerwehr, Notarzt und Polizei konnten den Schauplatz räumen. Man war zwar bei den Nachforschungen am Freitagabend auf Fässer gestoßen, die aber von der Anlieferfirma als die eigenen identifiziert wurden. Am Samstagvormittag setzte man die Untersuchungen fort. Erneut wurden Sonden und Detektoren über das Gelände geschickt. Der ABC-Trupp legte noch einige Stellen frei, wobei man aber immer nur auf Stoffe traf, die dort laut Einlagerungsplan liegen dürfen. Die Einsatzleitung vom Wasserwirtschaftsamt in Sulingen beendete daraufhin die Arbeiten und ließ die Beteiligten abziehen.

50 000 DM Verlust gemacht habe. Ob Klage auf Schadenersatz wegen falscher Aussage (des Platzmeisters) erhoben wird, konnte Möhring noch nicht mitteilen.

Bilanziert wurde inzwischen auch: Der gesamte Einsatz mit Absicherung und Be-

stellung eines Gutachters etc. kostete eine sechsstellige Summe. Dabei ist eine Zahl deutlich über 100 000 DM im Gespräch.

Zu Wort meldete sich auch die Bürgerinitiative, die nicht so recht verstehen konnte, warum die Suche schon abgebrochen worden sei. Sprecher Christian Trantel: „Vorher war doch immer gesagt worden, daß man erst nach Tagen, wenn nicht erst nach Wochen auf etwas stoßen könne. Nach unserer Ansicht sind die Nachforschungen nur oberflächlich durchgeführt worden. Man hätte auch mehr Bodenproben nehmen sollen.“ Schließlich stellte die Initiative noch die Forderung auf, die Deponie auf gar keinen Fall am Montag wieder zu öffnen. Auf längere Sicht müsse man diese Abfallbeseitigungsanlage ohnehin schließen, um die Umgebung nicht noch mehr zu schädigen.

„150prozentig abgesucht“

Bernd Lange vom Wasserwirtschaftsamt dazu: „Wir können hier nicht mehr viel tun. Wir sind den Hinweisen sorgfältig nachgegangen und haben nach unserer Einschätzung alles 150prozentig abgesucht.“ Lange, auf den Ablauf der Aktion angesprochen: „Ich bin ehrlich gesagt überrascht, daß alles so gut und glatt gelaufen ist. Das war eigentlich bei den weiten Entfernungen, die die Trupps und Züge zurücklegen mußten, kaum zu erwarten. Vor allem muß man auch daran denken, daß Wochenende ist und nicht jeder sofort zu erreichen ist.“

Aufatmen konnte neben dem Kreis Nienburg als Aufsichtsbehörde, dem Katastrophenzernat der Bezirksregierung in Hannover und dem Wasserwirtschaftsamt natürlich auch die Betreiberfirma. Geschäftsführer Hans-Otto Möhring führte am Mittag vor dem Eingangstor zur Deponie „lockere“ Gespräche mit der Bürgerinitiative „Rehburg-Loccumer Bürger gegen den Giftmüll“. Möhring deutete nochmals an, daß seine Firma pro Tag runde

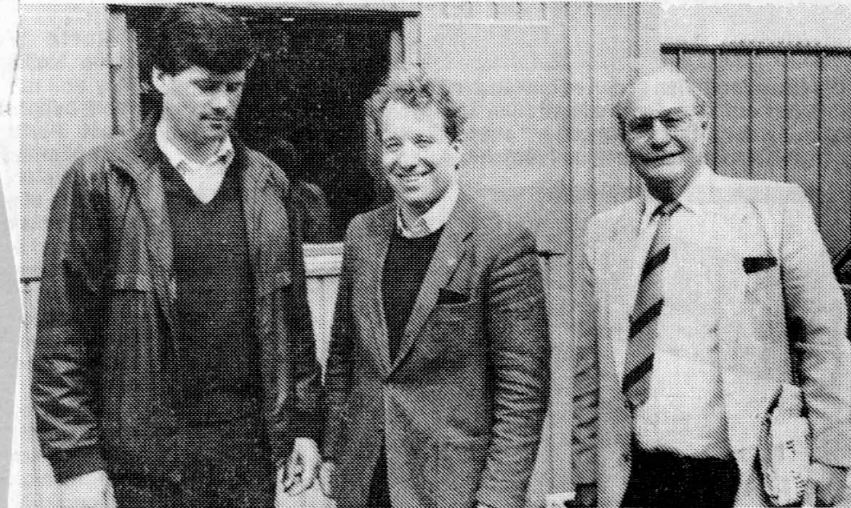
Trantel äußerte daneben eine Vermutung: „Wir könnten uns vorstellen, daß inzwischen politischer Druck auf die Verantwortlichen und u. a. auch auf die Verdener Staatsanwaltschaft ausgeübt wurde. Daß nur relativ kurze Zeit nachgeforscht wurde, macht uns unheimlich skeptisch.“

Am gestrigen Sonntag trafen sich die Rehburg-Loccumer Bürger um 15 Uhr an der Deponie zu einem Informationsaustausch. Aufgerufen wird daneben, am heutigen Montag, 18.30 Uhr, zur Stadtratsitzung in die Grundschule nach Münchenhagen zu kommen, wo das Thema Deponie

erneut behandelt werden soll. Die Bürgerinitiative, die in den vergangenen drei Tagen mit ihren Forderungen sehr stark ins Rampenlicht gerückt ist, will sich nach den Geschehnissen auf keinen Fall zufriedengeben und ihre Arbeit noch intensivieren.

Stadt Petershagen wartet ab

Abwartend will die Stadt Petershagen reagieren. Für die Weserstadt ist es ja interessant, was weiter mit dem Grundwasser bei der Deponie passiert. Ils und Gehele aus dem Stadtgebiet werden nämlich auch aus diesem Grundwasser gespeist. Wie Stadtoberverwaltungsrat Karl-Heinz Lange, der bei den Grabungen vor Ort dabei war, gestern mitteilte, will man sich zunächst noch einmal mit dem Kreis Nienburg als Aufsichtsbehörde in Verbindung setzen und eine Sanierung der undichten Altdeponie vorschlagen. Die Sanierung war bisher daran gescheitert, daß man in Nienburg nicht die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen wollte. Wie Lange sagte, will man auch die Wasserwirtschaftsbehörde befragen, wie das Grundwasser zur Zeit beschaffen ist.



Erleichtert präsentierten sich am Samstagmittag nach Abschluß der Grabungen Dipl.-Ing. Bernd Lange (l.) und Baudirektor Herfried Lüdecke vom Wasserwirtschaftsamt Sulingen als Einsatzleitung sowie GSM-Geschäftsführer Hans-Otto Möhring (r.). Nach Möhrings Auskunft will man am heutigen Montag den Betrieb in Münchenhagen wieder öffnen.

MT-Foto: nn

Suche nach Seveso-Gift ergebnislos beendet

Heute 25.4

Staatsanwaltschaft: Allen Hinweisen nachgegangen / Mülldeponie wird wieder geöffnet

Eigener Bericht

p. s. Hannover

Auf der Sondermülldeponie Münchehagen im niedersächsischen Landkreis Nienburg ist die Suche nach dem spurlos verschwundenen Dioxin-Schlamm aus dem italienischen Seveso ergebnislos abgebrochen worden. Die Betreiberfirma, deren Müllkippe am Donnerstag geschlossen und deren Geschäftsunterlagen beschlagnahmt worden waren, kann am Montag bereits ihren Betrieb wiederaufnehmen. Die Staatsanwaltschaft in Verden wird das wegen des Verdachts umweltgefährdender Abfallbeseitigung eingeleitete Ermittlungsverfahren vermutlich in dieser Woche mit einer Verfügung einstellen. Sie schließt Schadenersatzforderung der „Gesellschaft für Sondermüllbeseitigung Münchehagen“ (GSM) nicht aus.

Oberstaatsanwalt Popken erklärte am Sonntag, das von dem Informanten, einen Mitarbeiter der Deponiefirma, angegebene Gebiet auf der Müllkippe sei gründlich

durchsucht worden. Die Bergungsmannschaften hätten an mehreren Stellen gegraben und seien dabei bis auf die angegebene Tiefe von vier bis sechs Meter gegangen. Dabei seien auch Fässer gefunden worden, von denen manche zerquetscht gewesen seien. Diese Behälter hätten aber andere Giftabfälle enthalten und seien legal in Münchehagen gelagert worden.

Popken versicherte, allen Anhaltspunkten sei sorgfältig nachgegangen worden. Mehr sei nicht zu machen. „Wir können nicht auf blauen Dunst hin die rund fünf Hektar der Münchehagener Deponie umgraben.“ Popken bestätigte, daß der Informant, der am Sonnabend auf der Müllkippe war, um seine Skizze zu erläutern und anzugeben, wo die Fässer liegen könnten, nach wie vor von der Richtigkeit seiner Hinweise überzeugt sei. Er berufe sich allerdings auf einen Laboranten der Deponiefirma, der berichtet habe, daß eine Lieferung mit dioxinhaltigen Abfällen komme. Dieser Laborant hat nach Angaben Popkens derartige Äußerungen aber bestritten. Es sei offen, ob gegen den

Informanten jetzt ein Verfahren wegen falscher Anschuldigung in Gang gesetzt werde.

Bei dem Informanten handelt es sich um einen Platzmeister der Deponie, der seit 1976 in Münchehagen arbeitet. Dem 58-jährigen, dessen Arbeitsverhältnis seit einiger Zeit belastet gewesen sein soll, droht jetzt möglicherweise die Kündigung. Der Anwalt der GSM hat bereits arbeitsrechtliche Konsequenzen angekündigt. Ob die Gesellschaft, die ihre Ausfälle für jeden Tag der Deponieschließung mit 50 000 DM beziffert, den Platzmeister auch Schadenersatzpflichtig machen will, ist offen.

Die Informationen des Platzmeisters, den Staatsanwaltschaft und Polizei als zuverlässig bezeichnet hatten, waren über seinen Arzt am 14. April beim Umweltbeauftragten der Landesregierung, Prof. Redeker, eingegangen. Auf Grund der Hinweise, in Münchehagen sei das verschwundene Seveso-Gift illegal abgelagert, ließ die Staatsanwaltschaft die Deponie eine Woche später schließen. Die Suche nach den Fässern, die

angeblich das Dioxin enthalten, wurde vom Kampfmittelbeseitigungsdienst der niedersächsischen Polizei am Sonnabend ergebnislos abgebrochen.

Die Landesregierung, die Untersuchungen von mehrwöchiger Dauer erwartet hatte, nahm es mit Erleichterung auf, daß sich der Verdacht als unbegründet herausstellte, das Seveso-Gift befinde sich in Münchehagen. Ein Sprecher fügte hinzu, die Deponie werde ordnungsgemäß geführt und bestens verwaltet.

Die niedersächsische SPD-Führung dringt auf eine gründliche Überprüfung der Sondermüllbeseitigung. Der Landesvorstand der Partei hat die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses verlangt. Der Ausschuß soll den Auftrag erhalten, die Sondermüllbeseitigung und deren Kontrolle durch die niedersächsischen Behörden zu durchleuchten. Die SPD hält die Kontrolle nicht für ausreichend.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Suche nach Seveso-Gift

(Fortsetzung von Seite 1)

Die SPD begründet diese Meinung damit, daß die vorhandenen Kontrollinstrumente nicht ausreichend seien. Deshalb solle die Kontrolle einer zentralen Landesbehörde übertragen werden. Überdies hat die SPD-Führung eine Verstaatlichung der Giftmüllbeseitigung verlangt. Dies sei eine Aufgabe, die bei voller Kostendeckung durch die Verursacher in die öffentliche Hand gehöre und nicht weiter von privaten Unternehmen betrieben werden dürfe.

Der für die Herstellung des Seveso-Gifts verantwortliche Basler Chemiekonzern Hoffmann-La Roche hat jetzt laut dpa erklärt, eine Gefährdung der Bevölkerung durch die verschwundenen Giftfässer von Seveso sei nicht zu befürchten. Dieses Fazit einer von dem Konzern veröffentlichten Dokumentation stützt sich auf ein Gutachten des Toxikologischen Instituts der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich. Die ETH-Experten kommen zu dem Schluß, aus den Fässern könnten nur unter den ungünstigsten Lagerungsbedingungen allenfalls geringste Mengen allmählich in die Umwelt gelangen.

Die 41 noch immer nicht aufgespürten Fässer enthalten laut Hoffmann-La Roche etwa 200 Gramm TCDD und rund zwei Tonnen harte amorphe Masse, die zu 70 Prozent aus Kochsalz und zu 30 Prozent aus polymeren organischen Rückständen besteht. Bei einer Lagerung in trockener Umgebung wäre während unabsehbarer Zeit nicht damit zu rechnen, daß das Material mit der Umwelt in Kontakt käme. Würden die Fässer in feuchter Umgebung – etwa im Meer – gelagert, so könnten sie zwar im Verlauf von Jahrzehnten durch Korrosion undicht werden. Aber auch dann wäre die Verbreitung von TCDD in der Umwelt gering und im Wasser ohne Giftwirkung, heißt es in der Dokumentation.

Der Schweizer Konzern drückt in der Dokumentation „tiefe Betroffenheit“ darüber aus, daß er über den Lagerungsort der Fässer keine Angaben machen könne und nun der geheimen Beseitigung toxischer Abfälle beschuldigt werde. Die Vereinbarung, wonach die Firma Mannesmann Italiana die Entsorgung übernommen habe, sei auf ausdrücklichen Wunsch der italienischen Behörden zustande gekommen.

Bürgerinitiative fordert Einstweilige Verfügung

Protestaktion vor Sondermülldeponie / Heute Stadtratssitzung

Rehburg-Loccum (WS). Die Sondermüll-Deponie in Münchehagen ist dicht, für den weiteren Betrieb sind keine Rechtsgrundlagen, die zur Genehmigung der Anlage führten, nicht mehr gegeben, die Deponie muß – unabhängig davon, ob sich die Lagerung der toxischen Fässer aus Seveso bestätigt oder nicht – geschlossen bleiben. Dies waren gestern nachmittag die mit Nachdruck vertretenen Forderungen der Rehburg-Loccumer Initiative „Bürger gegen Giftmüll“, die vor den Deponietoren mit Hunderten von Bürgern gegen die am Sonnabend von der Staatsanwaltschaft beschlossene Wiedereröffnung protestierten und auf neueste Erkenntnisse über die Lagerung verwiesen.

Mit der Empörung und den Sorgen und Ängsten der Deponie-Anlieger wurde zugleich das absolute Unverständnis der Bevölkerung über die für heute beschlossene Inbetriebnahme der Deponie deutlich.

Kern der gestrigen Zusammenkunft war eine Diskussion zwischen Angehörigen des Stadtrates und der Einwohnerinitiative, die – wie die Initiativgruppe – eine sofortige Einstweilige Verfügung gegen den Wiedereröffnungsbeschluß forderten.

Das einhellig gegenüber den Stadtrepresentanten geäußerte Ansinnen: Schon gestern sollte der Stadtrat in einer Versammlung tagen und die zuständige Aufsichtsbehörde zur Beantragung der

Einstweiligen Verfügung veranlassen.

Die Ratsherren Heinrich Lustfeld, Hans Elbers, Gerhard Graf und Wilhelm Bultmann äußerten sich einheitlich, daß zwar von einer Deponieerweiterung – ein Thema, das heute abend in der Stadtratssitzung anhand eines Gutachtens erörtert werden sollte – keine Rede mehr sein könne.

Aufgrund der bestehenden Rechtsgrundlage sah man sich jedoch außerstande, die heutige Wiedereröffnung der Deponie zu verhindern. Darüber hinaus – so die Ratsherren – müsse die Schließung veranlaßt werden, sollten die Genehmigungsvoraussetzungen entfallen.

In den Reihen der Bürgerinitiative, die mit Transparenten, mit Informationsstand und mit einer heimischen Liedergruppe die Aktion gestaltete, bestand man jedoch auf sofortiges Handeln, wollte man „die Gunst der Stunde“ nutzen.

Man unterstrich die Forderung, die Deponie geschlossen zu lassen, indem man auf das Waldsterben in näherer Umgebung verwies, auf Giftstoffe, die über Kläranlagen auf Felder gelangen, auf die von offizieller Seite eingestandene Möglichkeit der illegalen Giftmüll-einlagerung.

Unter dem Applaus der vielen Anwesenden wurde verlangt: „Die Altdeponie muß sofort ausgekoffert, Sanierungs- und Sicherungskonzepte erstellt werden.“



Betroffenheit stellte sich bei den vor der Deponie anwesenden Personen ein, als Mitglieder der Bürgerinitiative mögliche Auswirkungen von Schadstoffen auf die Bevölkerung demonstrierten.



Unter den Hunderten von Personen, die dem Aufruf der „Bürgerinitiative gegen Giftmüll“ gefolgt waren, um eine Einstweilige Verfügung gegen die für heute beschlossene Deponie-Wiedereröffnung zu fordern, standen Mitglieder des Stadtrates Rede und Antwort. Im Foto rechts Landwirt Brammer, der auf entstandene Schäden bei Wald und Vieh verwies.

Fotos: Siemering

Harke

25.4

83

„Sondermüll-Deponie in Münchehagen muß weiterhin geschlossen bleiben“

SPD-Unterbezirks-Parteitag: Giftfässer-Verbleib klären / Altdeponie jetzt auskoffern

Diepenau (WS). Die immer noch nicht endgültig ausgeräumte Sorge, daß die 41 verschwundenen Fässer mit dem Seveso-Dioxin oder aber Dioxin anderer Herkunft in der Sondermüll-Deponie in Münchehagen eingelagert sein könnten, veranlaßte jetzt den SPD-Unterbezirks-Parteitag Nienburg in seiner Sitzung im Diepenauer Gasthaus Peper, Verantwortliche in Bund, Land und Landkreis aufzufordern, die eventuelle Einlagerung der Giftfässer in der Deponie Münchehagen endgültig zu klären.

Wie es in einem einstimmig verabschiedeten Aufruf ferner heißt, müsse die von den Sozialdemokraten im Landkreis seit längerer Zeit erhobene Forderung, die Auskoffierung der Altdeponie, sofort und endlich vorgenommen werden.

Der Aufruf wörtlich: „Transport und Lagerung von gefährlichen Abfällen müssen kurzfristig gesetzlich so geregelt und kontrolliert werden, daß eine heimliche Ablagerung in Deponien ausgeschlossen ist. Gefährliche Abfälle sind immer dann zu vernichten, wenn es für die Umwelt gefahrlose Verfahren gibt; die Entwicklung entsprechender Verfahren und Anlagen ist zu beschleunigen, wer gefährliche Abfälle produziert, muß vor der Erzeugung die ungefährliche Vernichtung oder Lagerung garantieren.“

Gefordert wird ferner, daß Sondermüll nur in unmittelbar vom Staat betriebenen Deponien gelagert wird, Sonderabfallbeseitigung dürfe nicht mehr nach dem Prinzip der Gewinnmaximierung durch private Unternehmer betrieben werden. Und nicht zuletzt müsse mittelfristig jede Produktion verboten werden, bei der ge-

fährliche Abfallstoffe zurückbleiben, die nicht bedenkenlos vernichtet werden können.

Aufgrund jüngster Erkenntnisse – so der Parteitag – sollte die Sondermüll-Lagerung in Tongruben verboten werden, da Tongestein allgemein nicht die erforderliche Dichtigkeit aufweist; Tieflagerung wird daher empfohlen.

Entschieden wandten sich die SPD-Mitglieder auch gegen die heutige Wiedereröffnung der Deponie Münchehagen durch die Staatsanwaltschaft. Darüber hinaus sind alle Parteimitglieder aufgefordert, der heutigen Stadtrats-Sitzung Rehburg-Loccum (Grundschule Münchehagen, 19 Uhr) und einer vorausgehenden Kundgebung beizuwohnen.

Über weitere Themen des Unterbezirks-Parteitags berichtet DIE HARKE in der morgigen Ausgabe.

Harke

25.4.83

Albrecht wirft den Grünen skandalöses Verhalten vor

Regierungserklärung zur Lagerung von Giftmüll in Niedersachsen

Eigener Bericht

vdB. Hannover

Die Suche nach den in Seveso in Italien verschwundenen Fässern mit dioxinhaltigem Müll hat am Dienstag im niedersächsischen Landtag eine scharfe Kontroverse ausgelöst. Nach einer Regierungserklärung von Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) warf der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Uwe Bartels, der Landesregierung vor, bei der Suche nach dem Sevesomüll leichtfertig vorgegangen zu sein. Außerdem habe die Regierung die Öffentlichkeit falsch unterrichtet. Bei der Fahndung nach den vermissten Müllfässern habe die Regierung nicht einkalkuliert, daß der hochgiftige Abfall möglicherweise illegal beseitigt worden ist.

Die SPD-Fraktion verlangte die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der vor allem prüfen solle, ob die derzeit gültigen Vorschriften für die Einlagerung von Giftmüll ausreichen. Der Abgeordnete Bartels beschuldigte die Regierung, die Untersuchungen weiterer Sondermüllstandorte in Niedersachsen nur sehr langsam anzugehen, so daß erst im Jahre 1986 erkennbar sei, ob neben den beiden bestehenden Sondermülldeponien noch andere eingerichtet werden können.

Ministerpräsident Ernst Albrecht warf der Fraktion der Grünen vor, „in doppelter Weise skandalös“ gehandelt zu haben, weil sie nach vagen Hinweisen auf eine mögliche Einlagerung des Seveso-Gifts im Raum Salzgitter nicht bereit waren, die Informanten zu nennen. Albrecht sagte, die Information diene offensichtlich der Verunsicherung der Bevölkerung, zumal sich die Hinweise nicht bestätigt hätten und angesichts staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen zurückgenommen wurden.

Zu den Hinweisen, Dioxin sei in Münchehagen deponiert worden, und den daraufhin angestellten Nachforschungen sagte der Regierungschef: „Alles in allem läßt sich nach diesen staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen feststellen, daß ausgeschlossen werden muß, daß die Hinweise, denen hier nachgegangen wurde, den Tatsachen ent-

sprachen.“ Albrecht räumte ein, es sei schwierig, alle Abfallstoffe exakt zu untersuchen. Er meinte, ähnlich wie Sprecher der CDU-Fraktion, zur wirksamen Kontrolle gehöre auch, den Sonderabfall dort zu überwachen, wo er anfalle, nämlich in den Betrieben. Die Forderung der Landkreise Hildesheim und Nienburg, die Landesregierung solle die Mülldeponien überwachen, wies Albrecht zurück.

Die von der SPD geforderte Ausgrabung („Auskoffierung“) der Sondermülldeponien in Hoheneggelsen und Münchehagen lehnte der Ministerpräsident nicht grundsätzlich ab. Er sagte, derartige Arbeiten könnten nur dann in Erwägung gezogen werden, wenn die Risiken für Mensch und Umwelt in Grenzen gehalten werden und bessere neue Deponien die Abfälle aufnehmen könnten. Mit Blick auf die SPD sagte Albrecht: „Wir haben sicherlich Anlaß zu bedauern, daß in früheren Zeiten bei der Deponierung von giftigem Abfall nicht so sorgfältig vorgegangen wurde wie heute.“

Die Debatte über die Regierungserklärung stieß nur auf geringes Interesse: Der Plenarsaal war kaum zu einem Drittel gefüllt, als die FDP ein Inhaltsverzeichnis für alle niedersächsischen Deponien verlangte, und die CDU betonte, selbst bei einer perfekten Kontrolle seien kriminelle Akte beim Umgang mit Sondermüll möglich.

Harke

27.4.83